

75. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe sind der Bundesregierung für die vom Vorstandschef der RAG-Stiftung angekündigten Erhöhung der Folgekosten des Steinkohlenbergbaus (<https://amp.welt.de/regionales/nrw/article181970300/RAG-Stiftung-Kohle-Ewigkeitslasten-etwas-hoer.html>) bekannt, und um wieviel werden die Kosten nach Kenntnis der Bundesregierung über die bisher geplanten 200 Mio. Euro hinaus ansteigen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Ulrich Nußbaum
vom 25. Oktober 2018**

Die RAG-Stiftung erwartet auf Grund von verspätet oder bislang nicht erteilten Genehmigungen zur Grubenwasserhaltung durch die zuständigen Behörden der Revierländer temporär höhere Kosten als die im KPMG-Gutachten unterstellten durchschnittlich rund 220 Mio. Euro pro Jahr.

Die Umsetzung der Konzepte zur langfristigen Optimierung der Grubenwasserhaltung konnte bisher nicht wie geplant erfolgen. Die für 2019 erwarteten Kosten der Ewigkeitslasten werden derzeit von der RAG AG ermittelt. Insofern können zum heutigen Zeitpunkt keine genauen Angaben gemacht werden.

76. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe hat die Bundesregierung vom 1. Januar 2018 bis 30. September 2018 Genehmigungen für Rüstungsexporte erteilt, und welcher Genehmigungswert entfiel jeweils auf die zehn Hauptempfangsländer (sofern eine endgültige Auswertung noch nicht erfolgt ist: bitte Angabe der vorläufigen Zahlen)?

**Antwort der Staatssekretärin Claudia Dörr-Voß
vom 17. Oktober 2018**

Es liegen noch keine endgültigen Zahlen für den Zeitraum 1. Januar 2018 bis 30. September 2018 vor. Die derzeit vorliegenden Angaben können sich durch Fehlerkorrekturen oder Nachmeldungen noch verändern.

Die Bundesregierung verfolgt eine restriktive und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik. Über die Erteilung von Genehmigungen für Rüstungsexporte entscheidet die Bundesregierung im Einzelfall und im Lichte der jeweiligen Situation nach sorgfältiger Prüfung unter Einbeziehung außen- und sicherheitspolitischer Erwägungen. Grundlage hierfür sind die rechtlichen Vorgaben des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen (KrWaffKontrG), des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) und der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) sowie die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000, der „Gemeinsame Standpunkt des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“ und der Vertrag über den Waffenhandel

(„Arms Trade Treaty“). Der Beachtung der Menschenrechte im Empfängerland wird bei Rüstungsexportentscheidungen ein besonderes Gewicht beigemessen.

Im Zeitraum 1. Januar 2018 bis 30. September 2018 wurden Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern im Gesamtwert von 3 620 582 175 Euro erteilt.

Auf die folgenden zehn Länder entfielen dabei die höchsten Gesamtgenehmigungswerte:

Land	Wert in Euro
Algerien	741.295.566
Australien	114.754.682
Israel	93.698.907
Pakistan	149.189.069
Republik Korea	128.656.385
Saudi-Arabien	416.423.547
Schweiz	91.386.633
Serbien	105.064.802
Vereinigte Staaten	376.765.610
Vereinigtes Königreich	132.855.448

77. Abgeordneter **Bernd Reuther** (FDP) Warum wurden die 20 Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland im Ressortbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur eingeleitet?
78. Abgeordneter **Bernd Reuther** (FDP) Warum wurden die 22 Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland im Ressortbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit eingeleitet (bitte einzeln und nach Ressort aufschlüsseln)?

**Antwort der Staatssekretärin Claudia Dörr-Voß
vom 17. Oktober 2018**

Die Fragen 77 und 78 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

In der beigefügten Übersicht werden die Verfahren aufgelistet mit Ressortzuständigkeit, Verfahrensnummer und dem zusammengefassten Vorwurf der Europäischen Kommission.